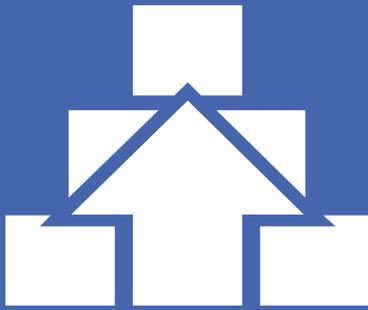




#UpdateDE

Microsofts Ideen zur Bundestagswahl 2017 und **für die digitale Transformation** Deutschlands



Treiber-Update: Politik für das digitale Wirtschaftswunder

Auszug aus unserer Veröffentlichung #Update DE.
Das gesamte Papier finden Sie unter aka.ms/update-de

Deutschland hat alle Voraussetzungen für ein digitales Wirtschaftswunder. Mit heute schon einer Million Beschäftigten ist die IKT-Branche nicht nur Innovationsmotor, sondern auch der zweitgrößte industrielle Arbeitgeber. Die Digitalisierung inspiriert Gründer: Jährlich werden über 350.000 neue Start-ups – viele davon im IT-Sektor – geschaffen und bereichern die mittelständisch geprägte Volkswirtschaft. Die Start-ups von heute sind der Mittelstand von morgen. Die Bundesregierung hat diese Entwicklung

mit der Digitalen Agenda flankiert und das Schlüsselthema Digitalisierung dauerhaft in der Politik verankert.

Auf diesen Fundamenten gilt es aufzubauen, damit das digitale Wirtschaftswunder Realität wird. Dafür muss Deutschland als Technologiestandort jedoch noch attraktiver werden. Wir brauchen weitere politische Impulse für die Start- und Wachstumsfinanzierung innovativer Gründungen und eine umsichtige Datenpolitik, die das Potenzial digitalisierter Industrie und digitaler Services zu heben hilft.

Der rasanten Entwicklung der digitalen Arbeitswelt lässt sich nur durch eine Flexibili-

sierung der Arbeitsmodelle Rechnung tragen: Zeit- und ortsunabhängiges Arbeiten führt nicht nur zu einer erhöhten Mitarbeiterzufriedenheit und -motivation, sondern steigert oft auch Effizienz und Effektivität. In der Dynamisierung und Digitalisierung der Arbeitsprozesse spielt das Rückgrat der deutschen Wirtschaft, der Mittelstand, eine zentrale Rolle. Hier steht die Politik in der Pflicht, den mit digitaler Arbeit verbundenen gesellschaftlichen Transformationsprozess zu unterstützen. Start-ups, Mittelständler und Industrie sind künftig aufeinander angewiesen, wenn es um Know-how-Transfer, Aufgabenteilung und Innovationsimpulse geht. Hier Synergien zu schaffen, bleibt eine Kernaufgabe, um den deutschen Wirtschaftsstandort an die digitale Weltspitze zu führen.



Handlungsempfehlungen

Wirtschafts- und Standortpolitik

#DigitalesWirtschaftswunder

7 Faktoren für den Wandel



Beweglicher Staat

Wirksames eGovernment spart 34% des bürokratischen Aufwands.

Agile Infrastruktur

80% der Entscheider sagen, dass IoT-Technologien wertvolle Einblicke in das Kundenverhalten liefern.

Lebendige Organisation

Hierarchien sind von gestern – Vordenker fordern sich selbst organisierende Netzwerke.



Autonome Teams

Nahezu jeder Entscheider glaubt an den Faktor Team als Quelle für Innovationen.



Mobiler Mitarbeiter

Nur 16% der Arbeitnehmer sind der Meinung, dass ihre IT-Ausstattung keine Wünsche offen lässt.



Transparentes Wissen

71% der Entscheider geben an, dass Wissen vorhanden, aber nicht auffindbar ist.



Vernetzte Produktion

86% der Entscheider im Mittelstand glauben an die Digitalisierung.



- Microsoft setzt sich für ein Umdenken bei privaten Investitionen ein nach dem Motto „Start-ups statt Steine“. Nach wie vor fließt das Geld privater Anleger in Deutschland eher in Immobilien als in Unternehmensgründungen. So lag das Transaktionsvolumen im Immobilienbereich 2015 bei 79 Milliarden Euro. Im gleichen Zeitraum wurden lediglich 3,1 Milliarden Euro in Start-ups investiert. Deutschland muss zu einem der attraktivsten Standorte weltweit für Start-ups und Investoren, insbesondere im Technologiesektor, werden. **private Investitionen in Start-ups in der Früh- wie auch in der Wachstumsphase zu fördern und ebenso einfach zu gestalten wie Investitionen in andere Anlageformen sowie staatliche Förderinstrumente entlang der Marktanforderungen weiterzuentwickeln.**

„Start-ups erwarten von der Politik weniger Bürokratie und Regulierung, günstigere Steuern sowie Unterstützung bei der Kapitalbeschaffung.“

➔ Deutscher Startup Monitor 2016

- Deutschland profitiert als exportorientiertes Industrieland wie kaum ein anderer Staat vom internationalen Freihandel. Dazu zählt auch die EU, die in ihrem Kern eine Freihandelszone bildet. Gleichzeitig ist die Akzeptanz für den Freihandel im Zuge umstrittener Abkommen in der Bevölkerung in den letzten Jahren erkennbar gesunken, teils aufgrund



„Wenn sich zeigt, dass Europa unfähig ist, einen fortschrittlichen Handelspakt mit einem Land wie Kanada abzuschließen, mit wem glaubt Europa dann noch in den kommenden Jahren Geschäfte machen zu können?“

➔ Justin Trudeau
Premierminister Kanada

© Government of Canada

nicht ausreichender Transparenz, teils aufgrund grundlegender Missverständnisse. **Die Bedeutung und Funktionsweise des Freihandels für die Bevölkerung verständlich zu machen und für mehr Transparenz in den Verhandlungen entsprechender Abkommen zu sorgen, ist daher eine politische Daueraufgabe auch für die nächste Legislatur.** Es muss deutlich werden, dass in Zeiten globaler Märkte Freihandelsabkommen ein wichtiger Baustein zur Etablierung einheitlicher Standards zugunsten der Verbraucher sind.

© Photo Simonis

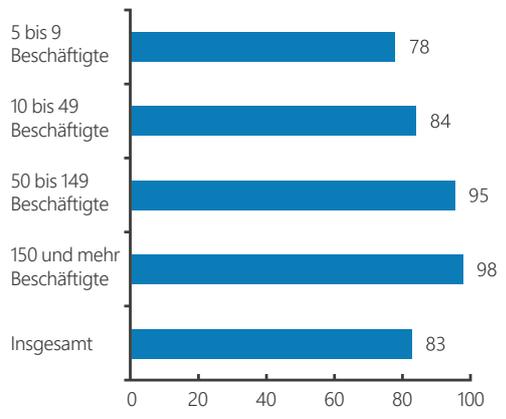


„Wer hier ohne Freihandel ist, werfe das erste iPhone.“

Claudia Gamon, Abgeordnete
des österreichischen Parlaments

- **Industrie 4.0 ist das neue „Made in Germany“.** Die digitale Transformation der deutschen Industrie basiert neben der Vernetzung der industriellen Fertigungsprozesse und Produkte maßgeblich auf der intelligenten Nutzung von Daten, die u. a. durch Sensoren erhoben und im Rahmen der Nutzung von Maschinen bzw. industriellen Produkten gewonnen werden. Die Datenpolitik der Bundesregierung muss dafür sorgen, dass die Nutzung dieser Maschinendaten, die in der Regel nicht

➔ Durchführung von Digitalisierungsvorhaben



Quelle: ZEW 2016

©KFW 2016

In den vergangenen Jahren haben mittelständische Unternehmen stark in ihre IT-Infrastruktur investiert: 83 % führten zwischen 2013 und 2015 Digitalisierungsvorhaben durch. In dieser Zeit stiegen auch die Innovationsausgaben um 9,8 %. Doch seitdem sind die Zahlen rückläufig. Für das laufende Jahr ist eine Reduktion von 0,9 % projiziert. Damit bleiben die Mittelständler klar hinter den deutschen Großunternehmen zurück, deren Ausgaben für Forschung und Entwicklung seit Jahren kontinuierlich und stark steigen.

personenbezogene Daten sind, möglichst ohne Einschränkungen möglich ist.

Maschinendaten sollten nicht in einer Hand monopolisiert werden, weshalb wir die Idee des Dateneigentums, welches ein rechtliches Ausschlussrecht begründen würde, ablehnen.

- Deutschlands wirtschaftliches Rückgrat ist und bleibt der Mittelstand. Während einige Studien (➔ [EFI Gutachten 2016](#); ➔ [ZEW-Studie „Digitalisierung im Mittelstand“](#)) Alarm schlagen, dass der Mittelstand unzureichend auf die anstehenden Umwälzungen durch die Digitalisierung vorbereitet sei, sieht sich der Mittelstand selbst bereits auf dem Weg zum ➔ [Treiber der Digitalisierung](#). Noch klaffen hierbei Selbsteinschätzung und empirische Fakten etwas auseinander. Dies gilt vor allem für die sinkenden Innovationsausgaben mittelständischer Unternehmen im Vergleich zu großen Unternehmen. Um hier zielgerichtet zu unterstützen, regt Microsoft deshalb ein umfassendes **Maßnahmenpaket Digitaler Mittelstand** an. Dies umfasst die Prüfung von steuerlichen Vorteilen für Investitionen in Digitalisierung, insbesondere in digitale Infrastruktur. Flankierend hierzu schlagen wir vor, im Rahmen eines Partnerprogramms gezielt den Know-how-Transfer zwischen Start-up und industriellem Mittelstand zu fördern. Das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) sollte beauftragt werden, über das bestehende online-basierte Angebot ➔ www.it-sicherheit-in-der-wirtschaft.de hinaus ein auf Mittelständler zugeschnittenes Beratungszentrum für IT-Sicherheit aufzubauen.

Handlungsempfehlungen

Arbeit 4.0



- Microsoft unterstützt den Wunsch einer Mehrheit der Arbeitnehmer in Deutschland nach mehr Flexibilität und Souveränität bei Arbeitszeit und Arbeitsort. Dies betrifft die Frage, wie Arbeitszeit selbstbestimmt eingeteilt werden kann, wo gearbeitet wird und wie Arbeitsmodelle den unterschiedlichen Lebensphasen angepasst werden können. Dazu muss es Arbeitgebern ermöglicht werden, individuelle Flexibilitätskompromisse mit der Belegschaft auszuhandeln. Dies ist zwar bereits nach geltendem Recht prinzipiell möglich. Um Rechtssicherheit zu schaffen, bedarf es jedoch weiterer Klarstellungen im Arbeitszeitgesetz bzgl. Wochenarbeitszeit und Ruhezeiten. Geprüft werden sollte, ob ein rechtlicher Anspruch auf Wahlarbeitszeit und Wahlarbeitsort notwendig ist und zu welchen Belastungen diese in kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) führen könnten. **Wir setzen uns dafür ein, flexible Arbeitszeitmodelle als gesetzlichen Regelfall zu etablieren: Arbeitgeber, die ihren Mitarbeitern keine Flexibilität bezüglich Arbeitsort und Arbeitszeit ermöglichen, müssen dafür wichtige betriebliche Gründe anführen.**

„Arbeiten im Homeoffice bringt Vereinbarkeit von Familie und Beruf voran.“

Bundesministerium für Familie,
Frauen, Senioren und Jugend
➔ Pressemitteilung vom 20. 5. 2016



Flexible Arbeitsmodelle stehen bei Arbeitnehmern hoch im Kurs: 80 % befürworten Homeoffice, Gleitzeit und Jobsharing. Deutschland erreicht im Vergleich mit Spitzenreitern wie den Niederlanden (Rechtsanspruch auf Homeoffice) und Lettland (europaweit größte Flexibilität bei der Arbeitszeitgestaltung) jedoch bisher nur europäischen Durchschnitt. Zudem orientieren sich zahlreiche andere europäische Staaten bereits an der EU-Arbeitszeitrichtlinie, die keine starren täglichen Arbeitszeiten vorschreibt, sondern ein Maximum von 48 Stunden pro Woche. Auch hier hinkt Deutschland bislang hinterher.

➔ Deloitte Studie

- Um die besten Köpfe für sich zu gewinnen, muss die öffentliche Verwaltung ihre Attraktivität als Arbeitgeber deutlich erhöhen. Gerade Mitarbeiter der Verwaltung haben beste Voraussetzung, auch zeit- und ortsunabhängig zu arbeiten. **Die öffentliche Verwaltung sollte bei Arbeit 4.0 beispielgebend vorangehen.** Daher sollten alle Bundesministerien und Behörden in der kommenden Legislaturperiode flexible Arbeitsmodelle einführen und die notwendigen rechtlichen, prozessualen und technischen Voraussetzungen hierfür schaffen.
- Digitale Kompetenzen werden in einer zunehmend digitalisierten Arbeitswelt zur unverzichtbaren Qualifikation – völlig unabhängig von der Branche. Im Rahmen der beruflichen Aus- und Weiterbildung sieht Microsoft sowohl Arbeitgeber als auch den Staat in der Pflicht. **Wir setzen uns dafür ein, dass digitale Kompetenzen ins Zentrum einer nationalen Weiterbildungsstrategie rücken. Im Fokus sollten kleine und mittelständische Unternehmen mit niedriger Weiterbildungsquote stehen.** Hierbei ist auch die Möglichkeit einer finanziellen Unterstützung bei der Aus- und Weiterbildung einzubeziehen. Vielversprechend sind Modellprojekte mit entsprechender Begleitforschung, um innovative Formen der Weiterbildung wie Massive Open Online Courses (MOOCs), Blended-learning-Formate oder digitale Assistenz- und Tutorensysteme zu erproben. Darüber hinaus plädieren wir für zusätzliche Bundesmittel für die digitale Qualifizierung von Arbeitsuchenden.



„Manager sollen in Zukunft mehr coachen und weniger kontrollieren.“

Markus Köhler
Microsoft Deutschland

IMPRESSUM

HERAUSGEBER

Microsoft Deutschland GmbH
Unter den Linden 17
10117 Berlin

TEXTVERANTWORTUNG

Dr. Guido Brinkel

HERSTELLUNG

Pressedienst Krawinkel

GESTALTUNG & LAYOUT

Tim Wendland Grafik

LEKTORAT

Schlussredaktion Hamburg

BILDNACHWEIS

Microsoft Corporation

